

Herborner Tageblatt.

Zeitung für Dillkreis und Westerwald. Amtsblatt der Stadt Herborn.

Erscheint an jedem Werktag.
Bezugspreis: Vierteljahr 3,- M.
ohne Bringerlohn.

Druck und Verlag
J. M. Beck'sche Buchdruckerei
Otto Beck.

Inserate: Kleine Pettzeile 20 Bsp.
Fernruf: Nr. 20.
Postfachkonto: Frankfurt a. M. Nr. 17618.

Nr. 259.

Montag, den 4. November 1918.

75. Jahrgang.

Für den Kaiser!

Man kann ganz ruhig über die Kaiserfrage sprechen, ohne die Leidenschaften aufzurufen — um so ruhiger, als das Kriegskabinett ihre Erörterung ausdrücklich freigegeben hat im Vertrauen auf den gesunden patriotischen Sinn des deutschen Volkes, der sich durch feindliche Mandoes nicht verwirren lassen werde. Aber legen wir einmal ganz objektiv, wie die Dinge stehen; wir werden dann sicherlich zu einem Ergebnis kommen, dessen sich kein Deutscher zu schämen braucht.

Zunächst steht so viel fest: weder die Volkregierung noch die sie tragende Reichstagsmehrheit haben — bis vor wenigen Tagen, möchte man sagen — daran gedacht, dem Kaiser den Rücktritt vom Thron nahezu legen, denn sonst hätten sie ihm nicht durch Verfassungsänderungen Rechte genommen, deren Fortbestand in ihren Augen mit der Sicherheit des Reiches unverträglich war. Oder sollten sie damit beabsichtigt haben, einen Umweg zu wählen? Die Krone ihrer wesentlichsten Machtbefugnisse zu entkleiden, um sie damit zum Verzicht auf eine wert- und inhaltslos gewordene Stellung zu bestimmen? Diese Annahme wäre durch nichts berechtigt, sie würde im Gegenteil mit Entrüstung zurückgewiesen werden, weil alle Taten und Handlungen der Beteiligten in der kritischen Zeit zu ihr in unlöslichem Widerspruch ständen. Also müssen wir uns fragen: sind seit dem Abschluß der Verfassungsänderungen, d. h. seit den letzten Oktobertagen, Ereignisse eingetreten, die zu einer anderen Beurteilung der Kaiserfrage nötigen — oder sind sonst Gründe ersichtlich, aus denen wir uns veranlaßt sehen könnten, russische oder österreichische Verhältnisse zum Muster zu nehmen?

Die einen sagen: jedes Friedenshindernis muß, soweit an uns liegt, beseitigt werden. Einverstanden, ganz einverstanden. Deshalb haben wir a. V. den U-Boot-Krieg eingestellt, der ein Friedenshindernis allerersten Ranges war, und wir haben es getan, ohne auch nur die geringste Gegenleistung dafür zu beanspruchen. Wer danach noch die Aufrichtigkeit unseres Friedenswillens bezweifelt, der ist ein Narr oder ein Bösewicht und wird es, uns gegenüber, auch bleiben, bis wir völlig zerhackt am Boden liegen. Wir haben bis jetzt noch keine Friedensbedingung unerfüllt gelassen, die uns gestellt worden ist — und das will schon etwas sagen. Wir haben auch die Grundlagen der bisherigen Kaiserfrage geschwächt, in der Herr Wilson diese monarchische Autorität verankert fand, aber die Beseitigung des Kaisers, den Sturz der Hohenzollern hat er — bis jetzt wenigstens — uns nicht zugemutet; sollen wir ihm mit solchen Selbsternüchterungen etwa noch freiwillig entgegenkommen? Und wenn er sie forderte: würden wir uns auch in diesem Punkte unterwerfen können und wollen? Bedeutet die Kaiserwürde nicht mehr, unendlich mehr für uns als einen willkürlichen Bierat am Tische unseres Reichshauses, ist sie nicht das Symbol unserer Einheit und Größe, nach dem unsere Väter heißen: Der Kaiser, für das sie ihr Blut vergossen haben, um tausendjähriges Sehen und Verlangen endlich der Erfüllung zuzuführen? Ist sie nicht der Reiter, der die deutschen Stämme zusammenhält, und wollen wir uns etwa wirklich wieder in die ohnmächtigen Volkspolter auflösen und zerklüften lassen, die wir waren, bevor Bismarck kam? Das wäre freilich ganz nach dem Sinne der Entente, während sie in ihrem Lager den umgekehrten Weg beschreitet: die Völkern zusammenlegt, die Tschechen mit den Slowaken verbündet, Italien weit über seine Volksgrenzen hinaus vergrößert und so weiter und so weiter.

Und was soll an die Stelle des Kaisertums treten: die Republik? Kann aber jemand ernstlich bestreiten, daß das deutsche Volk in seiner überwältigenden Mehrheit monarchisch denkt und fühlt, trotz allem, was in der Welt geschehen ist? Wenn eine Staatsform für das Unglück des Weltkrieges verantwortlich zu machen ist, so ist es die russische Despotie, wie sie ungeachtet der revolutionären Erregenschaften des letzten Jahrzehnts noch in voller Blüte stand. Sie aber ist gerichtet, sie ist in der Tat vom Horn des Volkes hinweggelegt worden. Der Deutsche Kaiser dagegen hat bis zur letzten Sekunde um den Frieden gekämpft, das ist unumstößlich feststehende Tatsache, und als er schließlich nicht anders konnte, als das Schwert zu ziehen, hat das ganze Volk mit seinem schon damals nach dem demokratischen Wahlrecht zusammengelegten Reichstag ihm zugejubelt — so fest durchdrungen war es von der Gerechtigkeit seiner Sache. Und wenn und inwieweit sich inzwischen Veränderungen in den Anschauungen vollzogen haben, ist ihnen eben durch Einführung des neuen Regierungssystems Rechnung getragen worden — will man noch mehr? Will man das Reich vollends zerstören? Dann allerdings — aber wer das Reich erhalten will, der darf nicht preisgeben, was durch keinen wie auch immer gearteten „Erfolg“ in seiner grundsätzlichen Bedeutung für die Einheit des Reiches erschüttert werden kann.

Nun kommen andere und sagen: die allgemeine Volksstimmung hat sich nach den schweren Erlebnissen dieser Zeit gegen den Kaiser geändert, seine ganze Art, zu denken, zu sprechen und zu handeln, paßt nicht mehr in die neue Zeit, wir müssen den Weg zu neuen Zielen ganz freimachen, sonst bleiben wir ewig in Halbheiten stehen. Und was in Rußland gegangen ist und jetzt in Österreich-Ungarn sich vor unseren Augen abspielt, das wird auch in Deutschland zugetragen sein. Indessen: mit Volksstimmungen läßt sich alles und nichts beweisen. Man würde sehr in die Irre gehen, wollte man die großstädtischen Massenmeinungen auf das ganze Land übertragen, und selbst in der städtischen Bevölkerung ist das Gefühl für monarchische Treue durchaus nicht erloschen. Aber selbst wenn man diesen Überlegungen weiter entgegenkommen wollte, als es unserer Meinung nach

jedenfalls gerechtfertigt und geordnet wäre, wenn auch dieser letzte Pfeiler der staatlichen Autorität zusammenbricht, was soll dann an seine Stelle treten? Ist es nicht klar, daß wir damit dem Volkswort auch in Deutschland die Tore öffnen? Nein, auch diese Erwägungen können uns nur zu dem gleichen Ergebnis führen: wir geben uns selbst auf, wenn wir jetzt den Kaiser zum Thronverzicht drängen wollten. Es wäre das Ende des Reiches.

Zwei Stimmen zur Kaiserfrage.

Zwei Stimmen aus zwei entgegengesetzten Lagern seien hier verzeichnet: Ein Ausschnitt aus der königlichen Zeitung, deren Beziehungen zu den Kreisen der alten Regierung bekannt sind und die Rede eines sozialdemokratischen Abgeordneten, der sicherlich nicht ohne Beziehungen zu der neuen Regierung ist.

Die königliche Zeitung schreibt:
... Wäre irgendwelche Aussicht, den Abbruch, der sich heute vor uns auftut, dadurch zu schließen, daß der Kaiser seine Krone, so sich selbst zum Opfer brächte, man darf versichert sein, das Opfer wäre längst gebracht. Was den Kaiser veranlaßt vielmehr an der Krone festzuhalten, das ist, daß wir überzeugt, sein Pflichtgefühl in der Erkenntnis, daß das Opfer nicht nur vergeblich sein, sondern daß eine katastrophale und wieder eine schreckliche Zeit sein würde, eine Zeit der Anarchie und der staatlichen und völkischen Selbstzerfleischung. Der Revolutionärsführer Prinz Max von Baden hat neulich das Wort des Gründers des Reiches wiederholt, man brauche das deutsche Volk nur in den Sattel zu setzen, reiten werde es schon können. Dann gilt es aber jetzt vor allem, das deutsche Volk vor dem deutschen Volk zu schützen. Opferwilligkeit gegen das Ganze, ruhige Entschlossenheit und klarer Blick sind die Erfordernisse, die allein uns jetzt vor noch größeren Schäden bewahren, die Volk und Vaterland vor den unermesslichen Möglichkeiten retten können, die uns drohen.

Und der Sozialdemokrat spricht:
In einer Versammlung in Karlsruhe sprach der badische Landtagsabgeordnete Ramm (Soz.) über die Abhandlung der Kaiserfrage. Er führte dazu aus: Bei der Behandlung dieser Frage sollten wir uns nicht von Stimmungen leiten lassen. Genauso, wie Sozialdemokraten sind Republikaner und haben als solche keine Veranlassung, uns als Schutzwahl vor der Dohnergallerei zu stellen, aber darüber dürfen wir uns keiner Täuschung hingeben: die Mehrheit des deutschen Volkes ist heute noch monarchisch gesinnt. Auch wenn man heute vielfach unbedachte Äußerungen über den Kaiser zu hören bekommt von Leuten, die nördlichen gewaltigen Patrioten waren und von denen man solches zuletzt erwartet hätte — für uns als Sozialdemokraten handelt es sich darum, daß wir einen Rechtsstaat bekommen. Die Frage mit oder ohne Monarchie ist von untergeordneter Bedeutung. Wir können aber richtige Politik in einem Rechtsstaat nur mit der Mehrheit und nicht gegen die Mehrheit des Volkes machen, wenn wir nicht russische Zustände bekommen wollen. In der Aussprache führte der sozialdemokratische Stadtrat Dr. Dieb aus: Es sei unmöglich, jetzt im Kaiser den Sündenbock finden zu wollen. Genauso, wie wir haben vordem nicht auf dieser Seite gestanden und haben ihn bekämpft, aber der Kaiser hat umgekehrt, wie so viele umlernen mußten. Er hat uns am 4. August 1914 die Hand geboten, und wir haben eingeklagen, und es hat sich gezeigt, daß während des ganzen Verlaufes der harten Kriegszeit der Kaiser ehrlich zum Volke gehalten hat. Staatsverfassung und Monarchie sind auch bei uns ebenso wie in anderen Ländern der natürlichen Entwicklung unterworfen.

Ein Erlass des Kaisers.

Berlin, 3. November. Der Kaiser hat bei dem Inkrafttreten der Verfassungsänderungen folgenden Erlass an den Reichskanzler gerichtet: Eurer Großherzoglichen Hoheit lasse ich in der Anlage den mir zur Ausfertigung vorgelegten Gesetzentwurf zur Abänderung der Reichsverfassung und der Gesetze betreffend die Stellvertretung des Reichskanzlers vom 17. März 1918 zur alsbaldigen Veröffentlichung wieder zugehen. Ich habe den Wunsch, bei diesem für die weitere Geschichte des deutschen Volkes bedeutungsvollen Schritt zum Ausdruck zu bringen, was mich bewegt. Vorbereitet durch eine Reihe von Regierungsakten, tritt jetzt eine neue Ordnung in Kraft, welche grundlegende Rechte von der Person des Kaisers auf das Volk überträgt. Damit wird eine Periode abgeschlossen, die vor den Augen künftiger Geschlechter in Ehren bestehen wird. Trotz aller Kämpfe zwischen überkommenen Gewalten und emporstrebenden Kräften hat sie unserem Volke jene gewaltige Entwicklung ermöglicht, die sich in den wunderbaren Leistungen dieses Krieges untergeordnet offenbart. In den furchtbaren Stürmen der vier Kriegsjahre aber sind alle Formen zerbrochen, nicht um Trümmer zu hinterlassen, sondern um neuen Lebensgestaltungen Platz zu machen. Nach dem Vollbringen dieser Zeit hat das deutsche Volk den Anspruch, daß ihm kein Recht vorenthalten wird, das eine freie und glückliche Zukunft verbürgt. Dieser Ueberzeugung verdanken die jetzt vom Reichstag angenommenen und erweiterten Vorlagen der verbündeten Regierungen ihr Entstehen. Ich aber trete diesen Vorläufen der Volkserhebung mit meinen hohen Verbündeten bei, in dem festen Willen, was an mir liegt, an ihrer vollen Auswirkung mitzuarbeiten, überzeugt, daß ich damit dem Wohle des deutschen Volkes diene. Das Kaiseramt ist Dienst am Volke. So möge die neue Ordnung alle guten Kräfte freimachen, deren unser Volk bedarf, um die schweren Prüfungen zu bestehen, die über das Reich verhängt sind, und um aus dem Dunkel der Gegenwart mit festem Schritt eine helle Zukunft zu gewinnen.

Ungarn des Treueides entbunden.

Volksabstimmung über Monarchie oder Republik.
Budapest, 2. November.

Unter dem Druck der öffentlichen Meinung hat das Ministerium Karolyi die Entbindung des Treueides vom

König gefordert und auch erhalten. Die Frage, ob Ungarn fortan Monarchie oder Republik sein soll, wird schnellstens durch Volksabstimmung entschieden werden.

Als Ministerpräsident Karolyi im Volksauswahlschuss des Nationalrates diese Mitteilung machte, wurde sie mit hellem Jubel aufgenommen. Bei der Stimmung weiter Kreise kann das Ergebnis der Volksabstimmung kaum noch zweifelhaft sein. In den Theatern erschienen kurz darauf Abgesandte des Nationalrates und verkündeten:

König Karl, seines Namens der vierte apostolische König von Ungarn, werde das seit tausend Jahren bestehende ungarische Königtum abschließen.

Und überall jubelte die Menge. Auch dann, als sie erfuhr, daß der Kriegsminister im Nationalrat mitgeteilt hatte, daß sich Ungarns unbefestigte Truppen an der italienischen Front hätten zur Kapitulation, zur Waffenstreckung entschließen müssen. Die Bevölkerung Budapests begrüßte in einem Rausch. Die Proklamation des Nationalrates, die überall verkündet wurde und die die Volksabstimmung verheißt, wurde mit endlosen Jubelstürmen begrüßt. Und während die Menge durch die Straßen wogte, vollzog sich im Zentralhaus die Eidesleistung des Kabinetts, das dem Nationalrat Treue schwor. König Karl hat keine Krone Ungarns mehr.

Karolyi gegen Deutschland und Deutsch-Österreich.

Die Regierung Karolyi hat Auftrag gegeben, alle in Ungarn auf der Donau schwimmenden deutsch-österreichischen und reichsdeutschen Schiffsladungen anzuhalten. Es handelt sich u. a. um 20000 Tonnen Lebensmittel für Deutsch-Österreich und das Deutsche Reich. Es ist also ausgeschlossen, vorläufig Lebensmittel aus Ungarn oder auf dem Donauwege nach Deutschland zu schaffen.

Südungarische Sonderrepublik.

Bezeichnend ist die Stellungnahme der Südungarn. In Temesvár, wo schon am 31. Oktober die Republik ausgerufen wurde, ist man dazu übergegangen, eine selbständige Republik auszurufen. Das ganze Banat wird mit Serbien ein Bündnis abschließen. Vielleicht werden die Tschechen und die aus allen Teilen des Reiches einlaufenden Nachrichten mitbestimmend für den heutigen entscheidenden Beschluß der Regierung.

Was wird aus Deutsch-Österreich?

Deutsch-Böhmen in den Händen der Tschechen.

Wien, 2. November.
Graf Andrássy, gegen den im deutsch-österreichischen Nationalrat die Ausweisung beantragt worden ist, erklärte, Minister des Auswärtigen bleiben zu müssen, weil gegenwärtig die österreichisch-ungarische Diplomatie nur als solche bei den Neutralen akkreditiert sei, und die verschiedenen Minister des Auswärtigen der deutschen und slowakischen Nationalräte diplomatisch noch keine Anerkennung gefunden hätten. Diese Erklärung ändert nichts an der Tatsache, daß man nicht nur in Österreich, sondern auch im feindlichen Ausland immer verwunderter fragt, wen denn eigentlich Graf Andrássy vertritt. Hinter ihm steht augenblicklich nur der Kaiser ohne Volk und Land.

Der deutsch-österreichische Staatsrat steht inzwischen seine Bemühungen zur Aufrechterhaltung der Ordnung fort. Er richtete einen Aufruf an die Bevölkerung, der zur Besonnenheit mahnt und vor der Bildung von Bürgergarden warnt. Zugleich wurde erneut in den Kasernen mit den Soldaten wegen Bildung einer nationalen Armee verhandelt. Die Truppen haben bereits dem deutsch-österreichischen Staatsrat den Treueid geleistet. Nur der Kriegsminister Stoeger-Steiner verweigerte den Eid, und wurde von der Eidesleistung entbunden. Am Sonntag sollen in den Kasernen Soldatenräte gebildet und zugleich soll die erste deutsch-österreichische Regierung endgültig vom Staatsrat ernannt werden. Der Staatsrat ist fest entschlossen, den Frieden nur im Einvernehmen mit dem Deutschen Reich zu schließen. Hinsichtlich der Regierungsform und des Anschlusses an Deutschland scheint indes noch kein Beschluß gefaßt zu sein, doch scheint es sicher, daß der Gedanke eines Staatenbundes unter der Habsburger Monarchie immer mehr Boden verliert.

Die Tschechisierung Deutsch-Böhmens.

Bergewaltigung der deutschen Minderheiten.
In den tschechischen Städten Böhmens und Mährens entwarfnet der tschechische Nationalausschuß mit Hilfe tschechischer Soldaten das deutsch-österreichische und ungarische Militär, das dort garnisonierte und von den Ereignissen vollständig überrascht wurde. Den Soldaten wird hierbei gesagt, daß der Krieg aus sei und sie nach Hause gehen können. Nicht nur die mährische Landeshauptstadt Brünn, die zweite Hauptstadt Mährens, Olmütz, die mährische Kohlenmetropole Mährisch-Ostau, die freilich gemischtsprachige Städte sind, aber doch von einer deutschen Mehrheit bewohnt werden, sondern auch die fast ganz deutsche schlesische Landeshauptstadt Troppau und die deutsche Stadt Jglau in Mähren sind in die Hände des tschechischen Nationalausschlusses geraten. Es ist geplant, das tschechische Heer auf eine adäquat gebietende Höchststärke zu bringen. Selbstverständlich beabsichtigt der tschechische Nationalausschuß, diese Waffengewalt auch in den deutschen Teilen Böhmens, Mährens und Schlesiens durchzuführen, so daß also auch die Deutsch-Böhmen genötigt werden, mit gegen Deutschland zu kämpfen. Auf deutscher Seite zeigt sich sowohl in Deutsch-Böhmen als auch in Deutsch-Mähren und Schlesien eine kaum glaubliche Raslosigkeit.

Während die Tschechen bereits über ein Volksheer verfügen, das freilich fast nur auf Prag und einige größere Städte beschränkt ist und erst einige tausend Bewaffnete

abst, sind auf deutscher Seite kaum die Anlässe dazu da. Unter diesen Umständen kann das Schicksal Deutsch-
Böhmens nicht zweifelhaft sein.

Beschlagnahme aller deutschen Eisenbahnzüge durch die Tschechen.

Die Tschechen haben sämtliche deutschen Eisenbahn-
züge in Böhmen an der Grenze beschlagnahmt und das
Bahnhofspersonal zurückgeschickt. Lokomotiven und Waggons
dagegen zurückbehalten. — Nachdem ohnehin schon 40%
aller Lokomotiven im Westen unbrauchbar geworden sind,
ist ein sehr merklicher Ausfall dadurch entstanden, der den
Verkehr sehr beeinträchtigen wird.

Der Waffenstillstand mit der Türkei.

Englands „milde“ Bedingungen.

Amsterdam, 2. November.

Der zwischen dem Verband und der Türkei ab-
geschlossene Waffenstillstand, der am Donnerstag mittag in
Kraft getreten ist, enthält u. a. folgende Punkte:

Öffnung der Dardanellen und freier Zugang zum
Schwarzen Meere. Alle Kriegsgefangenen sind in Kon-
stantinopel zu sammeln und bedingungslos den Verbündeten
zu übergeben. Sofortige Demobilisierung der tür-
kischen Armee. Internierung der Flotte in türkischen
Häfen. Alle Ankerplätze und Reparaturwerkstätten stehen
den Verbündeten zur Verfügung. Feindliche Schiffe sind
ausgeschlossen. Räumung Nordwestpersiens und des
Kaukasus durch die türkischen Truppen. Alle Bahnen
kommen unter Kontrolle des Verbandes. Die Verbündeten
besetzen Batum und Baku. Auslieferung aller Gar-
nisonen in Arabien, Syrien, Mesopotamien. Auslieferung
aller Häfen in Tripolis und der Cyrenaika an die Ver-
bündeten. Alle deutschen und österreichisch-ungarischen
Militär- und Zivilpersonen müssen binnen eines
Monats türkisches Gebiet verlassen haben. Die türkischen
Kriegsgefangenen stehen dem Verbands weiter zur Ver-
fügung.

Die Türkei bricht alle Beziehungen zu den Mittel-
mächten ab.

Mit anderen Worten: die Türkei muß bedingungslos
kapitulieren und sich dem Feinde von gestern auf Gnade
und Ungnade überliefern.

Die Versailler Beratungen.

Unmittelbar vor dem Abschluß.

Zürich, 2. November.

Blättermeldungen aus Paris zufolge stehen die Be-
ratungen über Waffenstillstand und Frieden unmittelbar
vor dem Abschluß. Die Bekanntgebung soll am Anfang der
Woche erfolgen.

Es fanden zunächst nur Waffenstillstandsberatungen
statt, bei denen doch eine ausschlaggebende Rolle spielte.
Bei den Friedensberatungen, die noch nicht abgeschlossen
sind, trat Clemenceau in den Vordergrund. „Zeit Barisien“
will wissen, daß sich besondere Schwierigkeiten zwischen
den Verbündeten und Wilson ergeben haben, der er-
neut für einen Frieden ohne Entschädigungen und An-
nerkennung eingetreten sein soll.

Mutmaßungen über das Kriegsende.

Der Londoner Mitarbeiter des „Manchester Guardian“
hat in politischen gutunterrichteten Kreisen über das ver-
mutliche Kriegsende folgendes geäußert: Die vorläufigste
Schätzung des Kriegsendes war nicht später als Anfang
Januar. Die Gemäßigten glauben Ende November
sagen zu müssen, während einige davon überzeugt waren,
daß der Krieg in der kommenden Woche zu Ende sein
werde.

Welche der Vermutungen richtig ist, wird im wesent-
lichen von den Waffenstillstandsbedingungen abhängen, die
ja nun bald bekanntgegeben werden sollen.

Der Krieg.

Die Schlacht im Westen.

Mitteilungen des Wolffschen Telegraphen-Bureaus.

Großes Hauptquartier, 2. November.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. An der Lo-
thar ist die Lage unverändert. Bei den letzten Kämpfen
gezeichnete sich hier das bayerische Infanterie-Regiment Nr. 11
und das Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 18 besonders
aus. Südlich von Dinze haben wir uns weiteren feind-
lichen Angriffen durch Ausweichen hinter die Schelde ent-
zogen. Die Bewegungen wurden während der Nacht vom
Gegner unbemerkt durchgeführt. Nach hartem Feuer gegen
die geräumten Linien, folgte der Feind und stand am
Abend östlich von Dinze und westlich der Schelde in
Weckschlagung mit unseren Vorpösten.

Starke Angriffe der Engländer südlich von Valenciennes.

Bei Aulnoy drang der Feind in unsere Linien ein
und ließ bis an den Südrand von Valenciennes, auf
Saultain und über Breffaux hinaus, vor. Der von eigenen
Panzerwagen und von Batterien des Feldartillerie-
Regiments Nr. 71 besonders wirksam unterstützte Gegen-
angriff bayerischer Regimenter im Verein mit örtlichen
Kampfstreupen brachte uns wieder in den Besitz der Höhen
südwestlich von Saultain und des Ortes Breffaux. Ver-
suche des Feindes, am Nachmittag in umfassendem An-
sturm von Westen über die Schelde und von Süden her
Valenciennes zu nehmen, scheiterten. In der Nacht haben
wir die Stadt ungeschädigt vom Gegner geräumt.

Heeresgruppen Deutscher Kronprinz und Gallwitz.
Gewaltige Artillerieschlacht leitete Angriffe ein, die der
Franzose und Amerikaner zur Öffnung der Aisnefront
und zwischen den Argonnen und der Maas führte. Auf
den Höhen westlich der Aisne zwischen La Selve und Percy
hieß die Angriffe des Feindes gescheitert.

Unsere Truppen haben hier wiederum in schwerem
Kampf einen vollen Erfolg über die Franzosen errungen.
Östlich von La Selve konnte der Gegner in dem wirksamen
Feuer bayerischer Truppen nirgends unsere Linien er-
reichen. Auch brandenburgische Regimenter bei und west-
lich von Meun-Quentin schlugen den Feind vor ihren
Linien ab. Bei Vanogne trug das Reserve-
Infanterie-Regiment Nr. 83 die Hauptlast des
Kampfes. In hartem Nahkampf warf es auch
gestern wieder den Feind zurück. Östlich von Recourance
schlugen pommerische, polenische und schlesische Regimenter
den Feind vor ihren Linien ab. Auf den Höhen nord-
westlich von Chateau Porcien haben die bemäch-
tigten Regimenter der 17. Infanterie- und 50. Reserve-Division
auch gestern ihre Stellungen gegen schwere Angriffe
behauptet. Tatkräftiges Handeln des Oberleutnants v. Below
vom Grenadier-Regiment Nr. 89 war für den Ausgange

der Kämpfe von entscheidendem Einfluß. Die Höhe süd-
westlich von Ferguez wechselte mehrfach den Besitzer. Nach
erfolgreichem Gegenangriff blieb sie in unserer Hand.

Weiterwärts von Reethel stieß der Feind bei Nanteuil
und Ambly vorübergehend auf das Nordufer der Aisne
vor. Gegenstöße warfen ihn auf das südliche Ufer zurück.

Mit starken Kräften griff der Franzose in breiter Front
beiderseits von Conzières, sowie zwischen der Aisne und
nördlich von Grandpre an.

Bei Nilly nahmen wir unsere Vorpösten auf das
Nordufer der Aisne zurück. Bei Boucy stieß der Feind
über die Aisne auf die Höhen auf östlichem Ufer vor.
Versuche des Gegners, den Durchbruch auf Le Chesne zu
erzwingen, scheiterten. Wir brachten ihn bei Neuville
et Day und bei Terton an der Aisne zum Stehen. Die
beiderseits von Bouzières teilweise sechsmal wiederholten
Anstürme des Gegners scheiterten meist schon vor unseren
Linien. Östlich von Bondy wurde der Feind im Gegen-
stoß wieder zurückgeworfen. In Salaise an der Aisne
schloß er Fuß.

Zwischen der Aisne und Grandpre (wiegen) wir die
feindlichen Angriffe vor unseren Linien ab.

Der Franzose hat somit auch auf dieser Angriffsfront
trotz starken Kräfteeinsatzes nur bei Boucy und Salaise
unbedeutenden Geländegewinn erzielen können. Auf der
10 Kilometer breiten Angriffsfront zwischen Terton und
Salaise waren am Abend unsere Linien wieder voll in
unserer Hand. An der erfolgreichen Abwehr des Feindes
haben Württemberger und Bayern, Regimenter der Garde,
aus Hannover und Westfalen, thüringische und lothringische
Regimenter, sowie Maschinengewehr- und Scharfschützen-
Abteilungen gleichen Anteil. Das Infanterie-Regiment
Nr. 127 unter Oberleutnant Schwab zeichnete sich be-
sonders aus. Auch die seit Wochen angepannt tätigen
Kraftfahrtruppen trugen durch rechtzeitiges Heranführen
der Reserven zu dem erfolgreichen Ausgang der gestrigen
Schlacht bei.

Zwischen der Aisne und der Maas gelang es den in
schmalen Angriffsstreifen angeordneten amerikanischen Divi-
sionen in unsere Stellungen zwischen Champigneulle und
Vincreville einzudringen und beiderseits von Vanonville
über unsere Artillerielinien hinaus Boden zu gewinnen.
Versuche des Gegners, von Vanonville aus unsere Front
in Richtung auf Ehenorgues und auf Stenay aufzurollen,
wurden vereitelt. Mit Einbruch der Dunkelheit kam der
Kampf in der Linie Champigneulle—Sivry—östlich
Buzancy—südwestlich von Villers Devant Dun—nordöstlich
von Vincreville zum Stehen.

Der Erste Generalquartiermeister Groener.

(M. f. l. B. T. B.)

Großes Hauptquartier, den 3. November 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In Flandern nahmen wir die an der Ys stehenden
Truppen im Anschluß an unsere neue Front an der Schelde
auf Gent zurück. Gestern bestand hier keine Gefechtsführung
mit dem Gegner. Nordöstlich von Dubenaarde und bei Tour-
nai wurden Teilangriffe des Feindes abgewiesen. Bei und
südlich von Valenciennes setzte der Engländer seine heftigen
Angriffe fort. In Vormittagskämpfen drückte er uns auf
Saultain zurück und setzte sich wieder in Breffaux fest. Villers
Bor wurde gegen mehrfache Angriffe gehalten. Erneute am
Nachmittag östlich von Valenciennes geführte Angriffe
scheiterten. Das Infanterie-Regiment Nr. 24 unter den
Hauptleuten von Brandis und Haupt und Batterien des
Feldartillerie-Regiments Nr. 44 zeichneten sich besonders
aus. Westlich von Landreies wiesen wir Teilangriffe des
Gegners ab. Wo der Feind eindrang, warfen ihn Na-
jaretruppen wieder hinaus.

Heeresgruppen

Deutscher Kronprinz und Gallwitz.

Westlich von Guise blieb ein Teilangriff des Gegners
ohne Erfolg.

Der Franzose hat nach den schweren Verlusten, die er
in der Schlacht am 1. November an den Aisnefronten er-
litt, gestern seine großen Angriffe nicht mehr fortgesetzt.
Er beschränkte sich auf Teilangriffe östlich von Vanogne, bei
Neuville et Day und Terton, die wir, teils im Gegenstoß,
abwiesen.

Der Einbruch der Amerikaner westlich der Maas ver-
anlaßte uns, die Front zwischen der Aisne und Champi-
gneulle zurückzunehmen. In Linie Cuatre Camps-Buzancy
entwickelten sich gestern Vorkämpfe. Westlich der Maas
setzte der Amerikaner seine Angriffe fort. Sie haben bei
Taillu und über Villers Devant Dun etwas Boden ge-
wonnen; im übrigen wurden sie abgewiesen.

Heftige Vorkämpfe westlich der Mosel.

Leutnant Budler errang seinen 35. Luftsieg.

Der Erste Generalquartiermeister.
Groener.

**Ja
zwölfter
Stunde**

Am Mittwoch um 1 Uhr wird die Zeichnung
auf die 9te Kriegsanleihe geschlossen!

Wißt Du zögern, bis es zu spät ist?

Eine neue Front an der bayerischen Grenze.

„Homme libre“, Clemenceaus Organ, bespricht in Über-
einstimmung mit anderen Blättern die Bedingungen des
österreichischen Waffenstillstandes und sagt, die österreichi-
sche Armee müsse die Waffen strecken. Nur die kroatisch-
schlesischen Einheiten müßten eine Ausnahme machen
und zur Verwendung für eine Verstärkung der Saloniki-
Armee gebraucht werden. Auf diese Weise könne man
mit italienischer Hilfe eine neue Front an der bayerischen
Grenze gegen Deutschland bilden. Für diesen Fall würde
der Rhein Deutschland keine Deckung mehr bieten.

Kleine Kriegspost.

Wien, 2. Nov. Italienische Seeoffiziere haben im Hafen
von Pola unmittelbar nach Übergabe der Note an die Sub-
marinen das Schlachtschiff „Viribus Unitis“ versenkt.

Wien, 2. Nov. Der russische Volkskommissar Tschitscherin
hat an die tschechisch-slowakische Regierung telegraphisch den
Vorschlag gerichtet, mit ihr direkt über den Abzug der
tschecho-slowakischen Truppen aus Rußland zu unter-
handeln.

Warschau, 2. Nov. Feldmarschall Lelewel, der vom Kaiser
Karl seiner Stellung enthoben worden ist, ist
zum Generalstabschef des polnischen Heeres ernannt worden.

Amsterdam, 2. Nov. Nach Londoner Berichten ist am
Tigris die gesamte türkische Streitmacht — etwa 7000 Mann
— gefangen genommen worden.

Lugano, 2. Nov. Sicherem Vernehmen nach haben die
österreichisch-italienischen Verhandlungen bereits be-
gonnen.

Zürich, 2. Nov. In der gesetzgebenden Versammlung
Australiens wurde verlangt, daß Deutschland im Friedens-
vertrage verpflichtet werden müsse, Australien alles ausgelegte
Gold zu ersetzen.

Osaka, 2. Nov. Hr. v. Lauden, der Chef der pol-
nischen Abteilung des Generalgouvernements zu Krakau,
hat an den Kardinal Mercier einen Brief geschrieben, der in
äußerst verbindlicher Form die Freilassung der Gefangenen
und deputierten Belagerer bei der Räumung der besetzten
Gebiete ankündigt.

Vom Tage.

München, 3. November. Die bürgerliche Presse
bayerisch erneuert gemeinsam mit der sozialdemokratischen
Ihre Forderung auf Abdankung des Kaisers. So erklären
Münchener Neuesten Nachrichten, daß auch ein Erlaß des
Kaisers, in dem er sich zu der neuen Staatsform bekennt,
nicht das Vertrauen des Volkes zu ihm wieder herstellen
könne, und die Nationalliberale München-Kuglburger
Zeitung schreibt, daß der Kaiser im Interesse des
monarchischen Gedankens den Schritt tun muß, der dem
Volke in überwältigender Mehrheit unabwehrbar scheint.
Ein Zeitartikel des Berliner „Vorwärts“ weist darauf hin,
daß die sozialdemokratischen Mitglieder der Regierung
unter Umständen zurücktreten würden, wenn die Kaiser-
frage nicht in ihrem Sinne gelöst wird.

Berlin, 3. November. In einem Erlaß des Ober-
befehlshabers wird, wie bereits angekündigt, die
Versammlungsfreiheit wiederhergestellt und die Zensur auf
das unerlässliche Maß eingeschränkt, soweit es sich um mili-
tärische Dinge handelt.

Warschau, 3. November. Lemberg und
Brzemyśl sind von russischen Truppen,
die die polnischen Regimenter in die Flucht schlugen, be-
setzt worden.

München, 2. November. Wie die Korrespondenz
hoffmann meldet, ist in Aussicht genommen, ein
neues Staatsministerium für soziale Für-
sorge zu bilden. In Vorgesprächen der Parteiführer kam
unter diesen eine Einigung zustande, daß eine Umwidmung
des Ministeriums auf parlamentarischer Grundlage vorzu-
nehmen ist, wobei neben der Berufung von Parlamentari-
ern als Fachminister die Ernennung von vier Ministern
ohne Portefeuille aus dem Parlament in Aussicht genom-
men ist. Ferner haben die Parteiführer sich auf die allge-
meinen Richtlinien über die Reform der Reichsratskammer
und die Einführung der Verhältniswahl im ganzen König-
reich unter Zugrundelegung der acht Regierungsbezirke als
Wahlkreise geeinigt. Ferner sind durch Erlassenerlaß vom
heutigen Tage offen, die infolge der Kriegsverhältnisse aus
Not nicht aus Gewinnlust strafbare Handlungen begangen
haben, die durch bayerische bürgerliche Gerichte erkannten
Strafen, soweit sie noch nicht vollstreckt sind, erlassen wor-
den.

Budapest, 2. November. Ministerpräsident Graf Ka-
rolyi hat das Amt als Vorsitzender des Nationalrates
niedergelegt, weil dies für unvereinbar mit der Stellung
eines Ministerpräsidenten gehalten wurde. An seiner Stelle
wurde der Abgeordnete Stadtpfarrer Johann Sod, der
sich als Parlamentarier sehr hervorgetan hat, eingesetzt.
Nachdem die Minister ihres Eides vom König ent-
bunden waren, legten sie folgenden Eid vor dem Natio-
nalrat ab: Ich schwöre, daß ich dem Lande treu sein
werde, daß ich seine Unabhängigkeit verteidigen werde, daß
ich mit allen Kräften dem Wohle, der Freiheit und dem
Fortschritt des Volkes Ungarns dienen werde, so wahr mir
Gott helfe.

Wie zur Erledigung der Gesetz-Vorlage über
die Errichtung eines Ministeriums des Äußeren wird Mi-
nisterpräsident Graf Karolyi vorläufig auch das Ministe-
rium des Äußeren übernehmen.

Prag, 2. November. Das tschechisch-slowa-
kische Pressebureau meldet: Der Obmann des tsche-
chisch-slowakischen Volksrates, Dr. Tiska, ist nach der Proklamierung des
tschechisch-slowakischen Staates von Trebnitz nach Reichen-
berg übergesiedelt und hat das Archiv des Volksrates mitge-
führt. Die Postdirektion hat neue Marken in Umlauf ge-
setzt. Die alten Vorräte werden übernommen. Die neuen
Marken sind mit dem böhmischen Löwen und der über-
schrift „tschechisch-slowakischer Staat“ versehen.

Deutsche Truppen sollen in der Ukraine bleiben.

Kiew, 2. Nov. Der Ministerrat erhielt ein Telegramm
aus Sofia, nach dem der dortige ukrainische Gelehrte
Schulgin die französische Regierung veranlaßt habe, sich mit
einer Note an die Entente zu wenden, damit deutsche
Truppen in der Ukraine bleiben bis zur Bildung einer
eigenen ukrainischen Armee. Sonst sei die Gefahr der
Anarchie und Zersplitterung da. Der Ministerrat billigte das
Vorgehen Schulgins.

Ein gemeinsames Friedensprogramm.

Basel, 2. Nov. Wilson gab eine Erklärung ab, derzufolge
die Kriegsziele der Entente zu einem gemeinsamen Friedens-
programm verschmolzen werden sollen.

Friedenskongress in Bern.

Bern, 2. Nov. Laut englischen Meldungen ist be-
absichtigt, Bern als Verhandlungsort für den Friedens-
kongress zu wählen.

In Erwartung der Waffenstillstandsbedingungen.

Genf, 2. Nov. Dem „Temps“ zufolge steht die Be-
öffentlichung der Waffenstillstandsbedingungen unmittelbar
bevor.

Clemenceaus Pläne.

Basel, 2. Nov. Clemenceau erklärte im Kammeraus-
schuß für auswärtige Angelegenheiten, die Bedingungen des Waf-
fenstillstandes müßten derart sein, daß Frankreich für ein Jahr
hundert Ruhe erwarten könne.

Amerikanische Krieg- und Friedensdiskussionen.

Bern, 2. Nov. Aus Washington wird gemeldet: Der
frühere Staatssekretär und republikanische Senator Root
brachte im Senat einen Protest gegen den von Wilson allem

...ierten Frieden ein. Knox erklärte, Wilson stelle nicht die amerikanische Öffentlichkeit dar. Demokratische Senatoren ...

Drohungen französischer Blätter gegen Wilson.
Paris, 2. Nov. Die Gegensätze zwischen dem Präsidenten Wilson und der Entente verschärfen sich zusehends. Einige französische Blätter beginnen ganz offen damit, Drohungen gegen Wilson auszusprechen.

Waffenruhe zwischen Österreich und Italien.
Wien, 2. Nov. Nach Meldungen von der Front haben die Waffenstillstandsverhandlungen zwischen Österreich-Ungarn und Italien bereits begonnen. Die Feindseligkeiten sollen eingestellt sein und es herrscht bereits Waffenruhe. Einer amtlichen Kundmachung zufolge ist mit dem Abtransport der Fronttruppen begonnen worden.

Nach Pola und Spalato von der Entente besetzt.
Wien, 2. Nov. Verschiedene Adriahäfen sind von der Entente besetzt worden, so außer Trieste auch Pola und Spalato.

Andrassy verhandelt mit den Pariser Tschechen.
Wien, 2. Nov. Pariser Blätter berichten, Graf Julius Andrassy habe Beziehungen zu dem Komitee angestrebt, das sich in Paris als tschechisch-slowakische Regierung aufgestellt hat.

Abfall Triests von Österreich.
Wien, 2. Nov. Der „Corriere della Sera“ meldet den Abfall von Triest von Österreich.

Eilige Rüstungen der Tschechen.
Prag, 2. Nov. Alle Schritte des Nationalausschusses zielen darauf hin, sich in den vollen Besitz einer schlagkräftigen Armee zu setzen. Der Nationalausschuss wird in den nächsten Tagen bereits die Einschreibung der vier jüngsten Jahrgänge anordnen, doch soll angeblich diese Mobilisierung nur vorübergehend sein.

Welirevolutionärskonferenz in Moskau.
Moskau, 2. Nov. Nach einer Meldung der „Sowetskaja“ findet Anfang November eine Konferenz der Vertreter der ausländischen kommunistischen Gruppen in Moskau über die Bildung eines Weltkriegsrevolutionärskomitees und über die Einberufung einer Weltkonferenz statt.

Außerordentliches Sowjetkongress am 5. November.
Moskau, 2. Nov. Es wurde beschlossen, einen außerordentlichen Sowjetkongress für den 5. November einzuberufen, so daß die Jahresfeier der Revolution in die Zeit dieses Kongresses fiel. Da jetzt große Weltereignisse vor sich gehen und in dem Ringen zweier Weltepochen neue Kräfte geboren werden, so ist es notwendig, daß das höchste Organ des Sowjet-Russlands, der Sowjetkongress, verammelt werde.

Auflösung der deutschen Gesandtschaft in Peking.
Berlin, 2. Nov. Dem Vernehmen nach sind dieser Tage die noch in Peking befindlichen Beamten, die von der aus Moskau zurückgekehrten deutschen Gesandtschaft übrig geblieben waren, nach Deutschland zurückgeführt. Die Zurückverlegung der Gesandtschaft erfolgte, als Graf Mirbach, der erste deutsche Vertreter bei der Sowjet-Republik, ermordet wurde.

Tschechisch-deutsche Zwistigkeiten in Böhmen.
Bodenbach, 2. Nov. In der hiesigen österreichischen Grenzpolizei erschienen vier Vertreter des deutschen Nationalrates von Bodenbach und teilten dem Kommissar Dr. Janda aus Prag mit, daß die deutsche Konstituante den Josef Braun zum deutsch-böhmischen Grenzkommissar in Bodenbach ernannt habe. Kommissar Janda, der Tscheche ist, verwarf die Behauptung und erklärte, daß er die Konstituante Deutsch-Böhmens nicht anerkenne.

Aus Rab und Fern

Weilburg. Der Gütervorsteher Jakob Klein hat in den Jahren 1913-1915 etwa 1800 Mark amtlicher Gelder veruntreut, die fälschlich geführt und mehrere Betrügereien begangen. Das Limburger Schwurgericht verurteilte ihn wegen Verbrechen im Amte zu 14 Monaten Gefängnis unter Anrechnung von vier Monaten Untersuchungshaft.

Limburg. Geh. Sanitätsrat Dr. Karl Vöb ist Samstag früh im Alter von 69 Jahren gestorben.

Schwanheim a. M. Die behördlich vorgeschriebene Ablieferung aller überschüssigen Früchte, Getreidearten usw. stößt hier bei den Landwirten auf besonders hartnäckigen Widerstand. Bei allen Fruchtarten hapert es mit der Abgabe. Bezüglich der Kartoffeln droht die Bürgermeisterei jetzt mit Zwangsdurchsuchungen der Häuser und Enteignung. Wennfalls steht die zwangsweise Erfassung der Getreidernte bevor. Ganz im argen liegt die Milchablieferung, die nach Feststellung des höchsten Kreispreises erheblich unter dem Kreisdurchschnitt bleibt. Manche Bauern liefern nur 50 bis 60 Prozent ihrer Milchherzeugung ab. Von Tag zu Tag geht die abzuliefernde Menge zurück, so daß die Versorgung der Kranken und Kinder aufs ernsteste gefährdet ist. — Der Schleichhandel mit allen diesen Erzeugnissen nach Höchst, Griesheim und Frankfurt steht aber dafür in geradezu unerrechter Blüte!

Frankfurt a. M. Bei einem nächtlichen Einbruch in das Manufakturwarengeschäft von Louis Prossius-Hinze in der Taunusstraße erbeuteten die Diebe Seidenstoffe und Bekleidungsstücke im Werte von etwa 30 000 Mark. Die Frankfurter Allgemeine Versicherungsgesellschaft, bei der das bestohlene Geschäft versichert war, setzte auf die Wiedererlangung der Waren eine Belohnung von 3000 Mark aus.

— Während einer mehrstündigen Abwesenheit der Wohnungsinhaber drangen abends zwischen 10 und 12 Uhr Diebe in eine Wohnung des Schaumainkai und stahlen hier Schmuckgegenstände im Werte von vielen tausend Mark.

Wiesbaden. Der mit der Verwaltung der hiesigen Polizeidirektion beauftragte Landrat des Landkreises Wiesbaden, Kammerherr von Heimburg, wurde zum Polizeipräsidenten von Wiesbaden ernannt.

New York, 2. Nov. Auf der Untergrundbahn in Brooklyn ist im Tunnel ein Zug entgleist, wobei 85 Personen getötet und fast 200 verletzt wurden. Der Zug führte 900 Passagiere. Es spielten sich schreckliche Szenen ab. Viele Menschen wurden unter den Trümmern, die Feuer fingen, begraben. Das Unglück wird der Unachtsamkeit des während des Streiks verwendeten Zugführers zugeschrieben.

Ein Wander. Das fast unwahrscheinliche, wenigstens scheinbar in unendlicher Ferne Liegende ist in diesen Tagen, so schreibt die Vöps. Wds. Stg., in Deilmold in die greifbare Erscheinung getreten: roter und gebrannter Bohnenkaffee in der Auslage eines Kolonialwarengeschäfts! Man staunte: Dieses so stark nachgefragte Produkt ist auf einmal wieder da, trotzdem jahrelang scheinbar keine Bohne aufzutreiben war. In den letzten Tagen sind auch wieder billigere Zigaretten in den einzelnen Geschäften zu haben. Während bis vor einigen Tagen 20 und 25 Pf. für die Zigarette angelegt werden mußte, ist sie jetzt schon für 8 und 10 Pf. zu haben. Diese Art von Überraschungen, welche die Friedensausichten bringen, kann man sich schon gefallen lassen.

Letzte Nachrichten.

Der neueste deutsche Generalstabsbericht.

Großes Hauptquartier, (Wolff-Büro. Amtlich.)
4. November 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht

Vorfeldkämpfe vor unserer neuen Linie nördlich von Gent. Wir stehen hier am Kanal und am Westrand der Stadt in Gefechtsstellung mit dem Gegner. Westlich von Valenciennes haben wir unsere Front vom Gegner etwas abgesetzt. Der Feind stand am Abend bei Dinnain-Jenlain und Willers Pol. Beiderseits von Le Quesnoy und Landreies gestern Artillerie-Kämpfe. Westlich von Landreies wiesen wir erneute Angriffe des Feindes im Gegenstoß ab.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz und v. Gallwitz.

Zwischen der Oise und Aisne lebte die Artillerie-Tätigkeit am Abend auf. Sie war nördlich von Guise und bei Banogne, hier in Verbindung mit erfolglosem Teilangriff des Gegners, von größerer Heftigkeit. Im Anschluß an die gestern gemeldete Zurückverlegung unserer Front östlich der Aisne, nahmen wir auch westlich der Aisne unsere Linie etwas zurück. Vorfeldkämpfe südlich von Le Chesne und bei Verrieres. Starke Angriffe der Amerikaner zwischen Sommeauhe und Belval brachten wir im Walde südlich von Belval zum Stehen. Auf dem östlichen Waasener schillerter heftige Teilangriffe; zwischen Waas und Mosel mehrfache Vorstöße des Gegners. Westlich der Mosel häuberten wir kleinere, aus den letzten Kämpfen noch in Feindeshand gebliebenen Grabensätze.

Der Erste Generalquartiermeister: Gröner.

Baldige Einstellung der Feindseligkeiten erwartet.

Osag, 4. Nov. (II) „Financial News“ meldet aus New York: In Wallstreet glaubt man, daß die Feindseligkeiten bald, vielleicht innerhalb einer Woche beendet sein werden.

Der Abschluß der Waffenstillstandsverhandlungen.

Genf, 4. Nov. (II) Wie aus Paris verlautet, haben die Beratungen der Pariser Konferenz ihren Abschluß gefunden. Die Waffenstillstandsbedingungen werden mit Zustimmung aller Militärs vorläufig noch nicht veröffentlicht werden. Gestern fand in Paris eine außerordentliche Sitzung des Kriegsrates statt. Die Militärs sind über alle erörterten Fragen einig. Die Veröffentlichung der Beschlüsse ist vor Ende der Woche zu erwarten.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands gegen den Bolschewismus.

Berlin, 4. Nov. (II) Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands wandte sich mit der ersten Mahnung an die Parteigenossen, die durch Flugblätter und mündliche Agitation verbreiteten Aufforderung, in den nächsten Tagen die Betriebe zu verlassen und auf die Straße zu gehen, nicht Folge zu geben. Es wird dagegen versprochen, daß die sozialdemokratische Partei weiter arbeiten wird, um die kriegshysterischen Strömungen zu bekämpfen und die Demokratisierung Deutschlands bis aufs letzte durchzuführen. Die Parteigenossen werden schließlich ersucht, jeder Parole, die von einer unabhängigen Minderheit ausgeht, zu widerstehen.

Ausschreitungen der Münchener Unabhängigen.

München, 4. Nov. (II) Die unabhängigen Sozialdemokraten hielten eine Versammlung auf der Theresienwiese ab, an der mehrere Tausend teilnahmen. Nach einer Ansprache von Dr. Gieseler zogen sie nach Stadtheim, wo sich das Staatsgefängnis befindet. Sie verlangten die Freigabe einiger Genossen. Der herbeigeeilte Staatsanwalt erklärte, nach Beispiel an das Reichsgericht zu telegraphieren und die Freigabe befürworten zu wollen. Vor morgen wäre aber keine Antwort zu erwarten. Die Menge zerstreute sich schließlich und erklärte, bis morgen 9 Uhr früh warten zu wollen, dann aber werde die Freigabe erzwungen werden.

Die Sonntagsstimmung in Wien.

Wien, 4. Nov. (II) Der Wiener Sonntag stand unter dem doppelten Druck der italienischen Waffenstillstandsbedingungen und der Bedrohung der Hauptstadt durch die italienischen Kriegsgefangenen. Auch der Ausruf des deutsch-österreichischen Staatsrats an das deutsche Volk in Österreich ist ängstlich gehalten, und erhöhte die Beklemmung. Als gestern die Nachricht nach Wien kam, daß tausende von italienischen Kriegsgefangenen aus dem Lager Siegmundshergberg und Hardt für Sonntag in der Hauptstadt erwartet würden, entstand eine große Verwirrung, da tatsächlich keine Truppen zur Abwehr verfügbar waren, nur Offizierspatrouillen, die zur Aufklärung entgegengejagt werden konnten.

Am heutigen Tage werden die ersten Bürgerwehren sich dem Staatsrat zur Verfügung stellen. Der Staatsrat spricht davon, daß die frei werdenden italienischen, russischen und serbischen Kriegsgefangenen das Land überfluten werden.

Die Auflösung des Hofes Kaiser Karls.

Wien, 4. Nov. (II) Die „Parlamentarische Korrespondenz“ meldet, daß die Auflösung des kai-

serlichen Hofstaates unmittelbar bevorstehe. Die Leibgarden würden am 15. d. Mts. entlassen. Andrassy werde in den nächsten Tagen abreisen, mit ihm alle ungarischen Beamten des Ministeriums des Inneren.

Die deutsche Militärvertretung verläßt Wien.

Wien, 4. Nov. (II) Die bisherige deutsche militärische Vertretung beim I. und I. Kriegsministerium, welcher der deutsche Attache Generalleutnant Frankel vorstand, wird sich auflösen. Generalleutnant Frankel hat sich gestern nach München begeben, von wo er nach Berlin zur Berichterstattung weiter reisen wird.

Waffenruhe auf dem italienischen Kriegsschauplatz.

Wien, 4. Nov. (II) Auf dem italienischen Kriegsschauplatz haben unsere Truppen aufgrund des abgeschlossenen Waffenstillstandes die Feindseligkeiten eingestellt. Die Veröffentlichung der Waffenstillstandsbedingungen erfolgt gesondert.

Die Zunahme der bolschewistischen Strömung in Ungarn.

Wien, 4. Nov. (II) Die „Mittagszeitung“ meldet aus Budapest, daß dort die bolschewistische Strömung die Oberhand gewinnt. Karolhis Stellung gilt bereits als erschüttert. Er fühle die Herrschaft über die Massen aus der Hand gleiten und habe um die Entsendung zuverlässiger Truppen gebeten. Die Lage sei außerordentlich gespannt.

Bildung eines rumänischen Nationalrats.

Wien, 4. Nov. (II) In Czernowitz begründete die rumänische Bevölkerung einen Nationalrat, der die Verwaltung der Bukowina übernahm. Landespräsident Graf Czudor wurde abgesetzt. Es verlautet, daß 40 000 Mann rumänischer Truppen zum Einmarsch in die Bukowina bereitstehen.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Bed.

Bekanntmachungen der städtischen Verwaltung.

Kartoffelversorgung

durch die Gemeinden bezw. den Kreis.

§ 1. Versorgung durch die Gemeinde.
In allen Fällen, in denen Versorgungsberechtigten eine Einbindung auf Grund der durch Kreisverordnung vom 18. September d. Js. zugelassenen Bezugscheine bis zum 31. Okt. d. Js. ganz oder teilweise nicht gelingt oder nicht möglich ist, erfolgt die Versorgung unmittelbar durch die Gemeindebehörde.

Die betr. Versorgungsberechtigten, haben ihren nicht durch Bezugscheine gedeckten Teilbedarf unter Rückgabe der Bezugscheine der Gemeindebehörde ihres Wohnorts bis zum 1. November d. Js. anzuzeigen.

Die Gemeindebehörden haben dem Landratsamt bis zum 8. November anzuzeigen, in welcher Höhe der Bedarf der Versorgungsberechtigten durch Bezugscheine nicht gedeckt ist und die unmittelbare Versorgung durch die Gemeinde eintreten muß.

§ 2. Versorgung und Aufbringung durch den Kreis.

Der Kreis legt die von ihm für die unversorgten Kreisbewohner und die ihm durch die angelegten Pflichtlieferungen zu beschaffenden Kartoffeln auf die Gemeinden des Kreises oder auf die einzelnen Kartoffelerzeuger um. Die vorläufige Umlegung erfolgt auf Grund der ermittelten Anbaufläche und des durch Schätzung ermittelten durchschnittlichen Ernteertrages. Bei dieser Umlegung bleiben die Anbauflächen unter 200 Quadratmeter außer Betracht. Die endgültige Umlegung erfolgt auf Grund des Ergebnisses der bereits angeordneten Bestandserhebung.

Der Ankauf der vom Kreis nach Abs. 1 aufzubringenden Kartoffeln erfolgt durch den vom Kreise bestellten Aufkäufer, Firma Hattenbach in Herborn.

Auf die von der Gemeinde angeforderten Kartoffeln werden die auf Grund von Bezugscheinen aus der Gemeinde verkauften Kartoffeln in Anrechnung gebracht, soweit diese Bezugscheine vom Verkäufer der Gemeindebehörde als Betrag abgeliefert worden sind. Aus der verbliebenen Menge wird zunächst der noch zu befriedigende eigene Ortsbedarf (§ 1) gedeckt, der Rest nach Anweisung des Kreises geliefert.

Den Gemeinden wird die Ablieferungsschuldigkeit jedes einzelnen Besitzers mitgeteilt.

Gegen solche Besitzer, welche der Aufforderung zur Ablieferung nicht nachkommen, wird im Wege der Zwangsandrohung einer Geldstrafe auf Grund des § 132 des Landesverwaltungs-gesetzes und nötigenfalls der Enteignung vorgegangen werden. Unterlassen sie trotz Aufforderung die Aussonderung und Anfuhr zur Verladung, so wird beides auf ihre Kosten bewirkt. Kommt der zur Lieferung Verpflichtete der Aufforderung zur Lieferung innerhalb der gesetzten Frist nicht nach, so tritt eine Kürzung des Uebernahmepreises um 3 Mark für den Zentner ein.

§ 3. Lieferungsbedingungen.

Für vorlesene Kartoffeln steht dem Erzeuger der durch Verordnung der Provinzialkartoffelstelle vom 12. September d. Js. festgesetzte Höchstpreis von 5,50 Mk. für den Zentner zu. Dieser Preis gilt für Lieferung ohne Sach und schließt die Kosten des Transportes bis zum nächsten Güterbahnhof ein. Bei Lieferung unvorlesener Kartoffeln ermäßigt sich der Höchstpreis um 50 Pfg. pro Zentner.

Zu dem Höchstpreis tritt hinzu für jeden bis 31. Dezember 1918 zur Verladung gebrachten Zentner eine Schnelligkeitsprämie von 50 Pfg. für den Zentner und eine Anfuhrprämie von 5 Pfg. für den Zentner für jeden angefahrenen Kilometer vom Hof bis zur Verladestelle (Eisenbahnstation), höchstens aber für 5 Kilometer.

Der Verkäufer ist verpflichtet, gut vorlesene und gesunde Speisekartoffeln zu liefern. Die Kartoffeln dürfen nicht mehr als 1 1/2 Prozent vom Nettogewicht Erdbefall aufweisen, bei mehr als 1 1/2 Prozent Erdbefall wird das volle Gewicht des Erdbefalles in Abzug gebracht.

Bei Zuweisung von Kartoffeln durch die Gemeinde wird vom Käufer eine Vermittlungsgebühr von 25 Pfg. für den Zentner erhoben.

§ 4. Ueberwachung der Aufbewahrung.

Die Gemeinden haben durch Sachverständige festzustellen, ob die Verbraucher, welche ihre Vorräte selbst einlagern wollen, über genügende Aufbewahrungsräume verfügen. Sie haben ferner in regelmäßigen Zeitabständen, mindestens alle zwei Monate, durch Sachverständige nachprüfen zu lassen, ob die Kartoffeln gegen Verderben geschützt sind.

Die Gemeinden haben für frostfreie Aufbewahrung der ihnen überlassenen Kartoffeln, soweit sie solche nicht alsbald den Versorgungsberechtigten überweisen, in Mieten oder sonstigen geeigneten Lagerräumen zu sorgen. Falls sie die überlassenen Kartoffeln im Gewahrsam der lieferungspflichtigen Erzeuger belassen, haben sie für Sicherstellung gegen Verderben und Verbrauch zu sorgen. Eine Nachlieferung kann nicht gewährt werden.

Einwohnern, die nicht die volle Gewähr für einen sparsamen Verbrauch bieten, dürfen die Kartoffeln von dem Gemeindevorstand nur höchstens monatweise zugewiesen werden.

Auch für die ordnungsmäßige Aufbewahrung derjenigen Kartoffeln, die in den Aufbewahrungsräumen der Verbraucher nicht sicher untergebracht werden können, haben die Gemeinden zu sorgen, ebenso für Sicherheit des Kartoffelbedarfes derjenigen Verbraucher, die zu einer alsbaldigen Bezahlung ihres Kartoffelbedarfes nicht in der Lage sind.
Dillenburg, den 26. Oktober 1918.
Der Kreisaußsch.

Wird mit dem Bemerkten bekannt gemacht, daß alle Kartoffelbesitzer, auf die Kartoffeln nicht geliefert worden sind, bis Dienstag abend 8 Uhr auf Zimmer Nr. 8 des Rathauses abzugeben werden müssen, damit der Bedarf, der durch die Gemeinde zu bezeugen ist, übersichtlich und einwandfrei festgestellt werden kann. Des Weiteren sind die Selbstverföhrer und Teilverföhrer in Kartoffeln hiermit aufgefordert, 10% der ihnen überlassenen Schmunderferve zur Abholung bez. Ablieferung bereit zu halten, da hierüber seitens der Verwaltung verfügt ist.

Auch wollen diejenigen Landwirte, die ihre Angaben über die erzielte Ernte noch nicht gemacht haben, dies umgehend melden und die belieferten Kartoffelbesitzer abgeben.
Herborn, den 4. November 1918.
Der Bürgermeister: Birkendahl.

Kartoffellieferung.

Die Reichskartoffelstelle hat die bei der Berechnung des Ueberflusses des Kartoffelerzeugers in Abzug zu bringende Ausgleichsreserve von 20 auf 10 Prozent herabgesetzt. Die Gendarmerie hat dies bei der jetzigen Bestandsaufnahme zu berücksichtigen.

Die Herren Bürgermeister wollen diejenigen Mengen, welche durch die Kürzung der Ausgleichsreserve um 10 Prozent des Ernteertrages nunmehr frei werden, sofort einziehen und nach Weisung der Firma Hattenbach in Herborn an die von ihr aufgebundene Empfangsstelle verladen, ohne erst die Bestandsaufnahme durch die Gendarmerie abzuwarten. Dem Erzeuger ist über die Höhe der somit eingezogenen Mengen eine Bescheinigung zu geben, als Ausweis gegenüber der Gendarmerie.
Dillenburg, den 28. Oktober 1918.
Der Königl. Landrat: v. Sibel.

Wird hiermit veröffentlicht.

Der Bürgermeister: Birkendahl.

Gemüseversorgung.

Der letzte Waggon Weiskraut trifft in den ersten Tagen ein.

Alle diejenigen, welche noch Bedarf an Weiskraut haben, wollen Bestellungen sofort auf Zimmer Nr. 8 des Rathauses aufgeben.

Herborn, den 4. November 1918.

Der Bürgermeister: Birkendahl.

Ausgabe des Karbids für November am Dienstag, Mittwoch und Donnerstag in den Verkaufsstellen von

J. C. Jopp

Ferd. Bender

Wilh. Bender und

Ludw. Schäffer Ww.

Herborn, den 4. November 1918.

Der Bürgermeister: Birkendahl.

Am 2. November ist eine Bekanntmachung des kgl. Generalkommandos erlassen worden betreffend „Beschlagnahme und Bestandserhebung von Pfefferminzkrant, -tee, -blättern“.

Der Wortlaut der Bekanntmachung liegt in Zimmer Nr. 10 des Rathauses zur Einsicht auf.

Herborn, den 4. November 1918.

Der Bürgermeister: Birkendahl.

Die Auszahlung der Reichsfamilienunterstützungen erfolgt im November 1918

Freitag, den 8., 15., 22. und 29., vormittags 8 $\frac{1}{2}$ —12 $\frac{1}{2}$, nachmittags 3—4 Uhr. An anderen Tagen wird nichts gezahlt.

Herborn, den 4. November 1918.

Die Stadtkasse.

Am 2. November 1918 sind zwei Bekanntmachungen:

a) Nr. 1/11 18. S. 2, betreffend Beschlagnahme und Bestandserhebung von Cocablättern und Cocain;

b) Nr. 2/11. 18. S. 2, betreffend Beschlagnahme und Bestandserhebung von Pfefferminzkrant, -tee, -blättern erlassen worden.

Der Wortlaut der Bekanntmachungen ist in den Amtsblättern und durch Anschlag veröffentlicht worden.

Stellv. Generalkommando 18. Armee-corps.

Bekanntmachung.

Alle bestehenden Verpachtungen von Grasnutzungen auf den Bezirksstraßen und von Restgrundstücken sind mit Ende dieses Kalenderjahres abgelaufen.

Der Verkauf der Grasnutzungen wird im Jahre 1919 auf dem Halm erfolgen. Die Restgrundstücke werden demnächst wieder auf eine Reihe von Jahren öffentlich meistbietend verpachtet werden.

Weiter Auskünfte erteilen die zuständigen Landeswegemeister.

Dillenburg, den 31. Oktober 1918.

Das Landesbauamt.

Habe abzugeben:

600 Zigarren prima Qualität, 100 Stück-Packung 100 Mk.

50 Stck. la. Toiletteseife, das Stück 4,50 Mk.

Wo? sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

Einige

Frauen u. Mädchen für leichte Arbeit sofort gesucht.

Dörrbetrieb Herborn.

Bekanntmachung.

Die Zwischenscheine für die 4 $\frac{1}{2}$ % Schahanweisungen der VIII. Kriegsanleihe und für die 4 $\frac{1}{2}$ % Schahanweisungen von 1918 Folge VIII können vom

4. November ds. Js. ab

in die endgültigen Stücke mit Zinsscheinen umgetauscht werden.

Der Umtausch findet bei der „Umtauschstelle für Kriegsanleihen“, Berlin W. 8, Behrenstraße 22, statt. Außerdem übernehmen sämtliche Reichsbankanstalten mit Kassenanrichtung bis zum 15. Juli 1919 die kostenfreie Vermittlung des Umtausches. Nach diesem Zeitpunkt können die Zwischenscheine nur noch unmittelbar bei der „Umtauschstelle für die Kriegsanleihen“ in Berlin umgetauscht werden.

Die Zwischenscheine sind mit Verzeichnissen, in die sie nach den Beträgen und innerhalb dieser nach der Nummernfolge geordnet einzutragen sind, während der Vormittagsdienststunden bei den genannten Stellen einzureichen. Für die 5% Reichsanleihe und für die 4 $\frac{1}{2}$ % Reichsschahanweisungen sind besondere Nummernverzeichnisse auszufertigen; Formulare hierzu sind bei allen Reichsbankanstalten erhältlich.

Firmen und Kassen haben die von ihnen eingereichten Zwischenscheine rechts oberhalb der Stücknummer mit ihrem Firmensiegel zu versehen.

Mit dem Umtausch der Zwischenscheine für die 5% Schuldverschreibungen der VIII. Kriegsanleihe in die endgültigen Stücke mit Zinsscheinen kann erst später begonnen werden; eine besondere Bekanntmachung hierüber erfolgt alsdann.

Von den Zwischenscheinen der früheren Kriegsanleihen ist eine größere Anzahl noch immer nicht in die endgültigen Stücke umgetauscht worden. Die Inhaber werden aufgefordert, diese Zwischenscheine in ihrem eigenen Interesse möglichst bald bei der „Umtauschstelle für die Kriegsanleihen“, Berlin W. 8, Behrenstraße 22, zum Umtausch einzureichen.

Berlin, im Oktober 1918.

Reichsbank-Direktorium.

Habenstein v. Grimm.

Tücht. selbst.

Mädchen

für alle Hausarbeit in kl. Haushalt gesucht.

Osw. Forst, Solingen, Schützenstr. 181.

Fleißiges kath.

Mädchen

für 15. Nov. oder 1. Dez. gesucht.

Frau Rechtsanwält Lang, Eltville a. Rhein.

Preisliste kostenlos!

Alle Formen teils schon tragende

Obstbäume

Beerensträucher

sowie

Rosen

Ziersträucher und

Alleebäume

empfiehlt

Siegerländer Baumschulen

Willi Pätzold,

Weidenau Sieg)

Billigste

Preise!

Machen Sie eine

Probeprobierung.

Kaufe

Schlachtpferde

zu den höchsten Tagespreisen. Unfälle werden schnell erledigt. Zahle hohe Proo. für Vermittlung.

J. Schwarz, Siegen, Lenstraße 3. Telefon 361.

Evang. Kirchenchor.

Morgen, Dienstag abend 8 $\frac{1}{2}$ Uhr: Gesangstunde in der Agl. Präparandenanstalt (Eingang Südost).

Todes-Anzeige.

Bestern starb unerwartet an einem Gehirnslage, infolge einer im Felde erhaltenen schweren Kopfverletzung, im Alter von 38 Jahren, mein innigstgeliebter Mann, unser lieber, guter Vater, Sohn, Bruder, Schwager und Schwiegersohn, der

Amtsgerichtssekretär

Ludwig Cunz.

Im Namen der tieftrauernden Hinterbliebenen:

Eina Cunz, geb. Kraft u. Kinder.

Runkel, Fleisbach, Kirchheim, den 3. November 1918.

Die Beerdigung findet Mittwoch, den 6. November, nachmittags um 3 Uhr statt.